

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 69 (1994)

Heft: 6

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

setzt dagegen auf einen Kurs der **nationalen Autonomie**; sie lehnt jegliche Annäherung oder verpflichtende Bindung an internationale Institutionen ab. Aus der Befragung konnte darüber hinaus auch eine Typologie der **Grundhaltungen zur Neutralität** abgeleitet werden: Demnach stehen 11% der Neutralität kritisch gegenüber, 20% befürworten die Staatsmaxime unter Nützlichkeitsgesichtspunkten, 21% sind verunsichert und sehen sowohl Gründe für deren Beibehaltung als auch für deren Aufhebung. Schliesslich möchten 48% an der Neutralität bedingungslos festhalten, weil damit auch die nationale Identität auf dem Spiel stehe.

Aufgrund dieser wissenschaftlich abgestützten Ergebnisse kommt die Studie zum Schluss, dass die aussen- und sicherheitspolitische Öffnungsbereitschaft der schweizerischen Bevölkerung eigentlich «blockiert» sei. Zwar sehe eine Mehrheit den Kurswechsel auf einer prinzipiellen Ebene ein, doch unterschiedliche Stimmungslagen und Uneinigkeit über den Weg zu dieser Öffnung stärkten gleichzeitig die auf Autonomie pochenden Meinungsgruppen.

ZGV

Titel und Bezugsort der Studie: Karl W. Haltiner / Kurt R. Spielmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32, hg. von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich, 1994.

Preis: 10 Franken (Tel 01 632 40 25, Fax: 01 369 91 96).



Sicherheitspolitiker uneinig über die Zukunft

Im Anschluss an die 10. Mitgliederversammlung des Vereins **CHANCE Schweiz** (28.4. in Zürich) befassten sich unter der Leitung des Vereinspräsidenten, Toni Cipolat, die beiden prominenten Sicherheitspolitiker, Ständerat Dr. Otto Schoch und Divisionär zD Dr. Gustav Däniker, im Rahmen eines heftig geführten Streitgesprächs mit der Frage «Was kommt nach 1995?»

Grundlage der Kontroverse bildete das im Januar von der 17köpfigen «Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik», der auch Otto Schoch angehört, veröffentlichte Diskussionspapier über die Zukunft von Sicherheitspolitik und Armee nach 1995. Während Däniker der Arbeitsgruppe vorwarf, das Papier enthalte zwar eine Vielzahl von sachlichen Fehlern, aber keinerlei neue oder weiterführende Gedanken, die nicht bereits zur Diskussion gestellt worden seien, wies Schoch auf die Kernpunkte des von ihm mitverantworteten Papiers hin: weitere Verkleinerung der Armee, Abkehr von der Multifunktionalität, Neuformulierung der Gesamtverteidigung und Integration in eine europäische Sicherheitsordnung. Schoch stellte fest: «Ich bin nicht nur für ein *«partnership for peace»*, sondern kann mir auch einen eigentlichen Beitritt zur NATO vorstellen.»

Die beiden Sicherheitsexperten fanden in keinem der diskutierten Themen – ausser bei der Befürwortung der Blauhelme – Einigkeit. Die Ansätze, von denen her sie argumentierten, waren zu unterschiedlich. Schoch meinte, dass für ihn als Politiker die Armee 95 gelaufen sei und er sich darum bereits heute engagiert in die Planung der weiterführenden Reformen einmischen wolle. Diese dürfe nicht den Militärs überlassen werden, denn die Sicherheitspolitik und insbesondere die Armee müssten auch künftig demokratisch legitimiert sein, und das erfordere eine breite und offene Planungsdiskussion, an der auch der Bürger mitwirken soll. Für Däniker dagegen ist es unverständlich, dass illustre Persönlichkeiten, die sich als Sicherheitspolitiker bezeichnen, ausgerechnet am Vorabend einer anspruchsvollen Armee-reform, die alle Kräfte in Anspruch nehmen werde, mit grosser Publizität, aber wenig weiterführender Substanz Verwirrung schaffe. Die Armee 95, so Däniker, sei noch keineswegs gelaufen, und für seinen Geschmack treibe man Schindluderei mit den Armeeangehörigen, wenn man ihnen bereits vor der Umsetzung der Reform klar machen wolle, dass sie sich eigentlich mit Makulatur zu befassen hätten.

Der Verein **CHANCE Schweiz** mit seinen mehr als 1000 Mitgliedern versteht sich als Plattform für die Diskussion von Friedens- und Sicherheitspolitik.

Schade, dass an diesem Abend die beiden Exponenten die Chance zum Gespräch nicht aufgenommen haben, sondern auf ihren Positionen verharrten und damit aneinander vorbeiredeten. Der eine, indem er sachliche Fehler im erwähnten Diskussionspapier nachwies, der andere, indem er sich vor allem auf die politische Dimension der weiterführenden Reformen konzentrierte.

Verein **CHANCE Schweiz**

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

DEUTSCHLAND

Harte Belastungsprobe für die Bundeswehr

Abbau und Sparzwang unterwerfen die deutschen Streitkräfte einer grossen Belastungsprobe. Der jährliche Bericht des Bonner Wehrbeauftragten weist auf eine zunehmende Verunsicherung und Entmutigung der Soldaten angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen Auftrag und Mitteln. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist weiter angestiegen.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, der frühere CSU-Abgeordnete Biehle, hat in Bonn seinen Jahresbericht für 1993 vorgelegt und dabei mancherlei Kritik an den vor allem aus der schlechten Finanzlage resultierenden Zuständen in den deutschen Streitkräften geübt. Als oberste Beschwerdeinstanz der Soldaten gab er ein Bild weitverbreiteter Verunsicherung und Entmutigung wieder. Mangelnde Planungssicherheit habe das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit und Führungsfähigkeit der politischen und militärischen Spitze erschüttert. Das wiederholte Umwerfen von Entscheidungen über Struktur und Stationierung verursachte laut dem Bericht ebenso Misstrauen wie die beständige Zahlenspielei über den künftigen Bundeswehr-Umfang.

Gestiegene Wehrdienstverweigerung

Laut Biehle zweifeln immer mehr Soldaten am Sinn ihres Dienstes. Der Rotstift drohe zum neuen Feindbild zu werden, meinte der sich zuweilen in gar düsteren Beschreibungen ergehende Wehrbeauftragte. Die allgemeine Wehrpflicht in ihrer gegenwärtigen Form findet nach seiner Ansicht unter den betroffenen jungen Männern immer weniger Befürwortung. Ihre Beibehaltung werde auch durch die gegenwärtig überaus grosszügige Handhabung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung gefährdet. Im letzten Jahr standen 155 000 eingezogenen Wehrpflichtigen insgesamt 131 000 Kriegsdienstverweigerer gegenüber. 30 Prozent eines Jahrganges könnten sich im allgemeinen überhaupt durch Feststellung ihrer Untauglichkeit jeglicher Dienstpflicht entziehen. Wenn dieser Prozess sich fortsetze, gebe es bald mehr Verweigerer als Rekruten, warnte Biehle. Deshalb müsse der Militärdienst wieder attraktiver gestaltet werden. Praktisch werde bisher der Zivildienstleistende in mancherlei Hinsicht bevorzugt behandelt.

Gekürzt aus NZZ Nr. 57/94



Weissbuch zur Sicherheit und Lage der Bundeswehr

Das Verteidigungsministerium in Bonn veröffentlichte am 5. April ein «Weissbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr».

Danach soll die Armee in drei Kategorien aufgeteilt werden: In schnell einsetzbare, hochmodern ausgerüstete und grossteils professionalisierte Krisenreaktionskräfte, mobilmachungsabhängige Hauptverteidigungs-kräfte und eine militärische Basisorganisation, die beide Streitkräftentypen unterstützt. Die **Krisenreaktionskräfte** sollen für Einsätze im Rahmen der NATO, der WEU und der Vereinten Nationen auch ausserhalb Deutschlands zur Verfügung stehen. Zusammengesetzt werden sie aus fünf der 36 voll prä-

senten Brigaden, die das Heer bis 1991 umfasste, zwölf Geschwader der Luftwaffe und 40 Prozent der Marine. Ihre Ausrüstung sollen sie zum weltweiten Einsatz im Verbund mit anderen nationalen Armeeteilen befähigen. Das dazu notwendige Beschaffungsprogramm umfasst u.a. die Unterstützung der Entwicklung neuer Langstrecken-Grossraumtransporter, eines taktischen Luftverteidigungssystems, Kampfhelikopter, neuer gepanzerter Transportfahrzeuge und die Modernisierung und Neubeschaffung von Kampfflugzeugen; fortgesetzt soll auch das Marine-Programm werden (u.a. die Entwicklung einer neuen Klasse von Minenräumbooten, Schiffe zur Logistik-Unterstützung und U-Booten). Aufgabe der **Hauptverteidigungs-kräfte** bleibt die Landesverteidigung und in einer entsprechend erweiterten Form auch die Bündnisverteidigung. An der allgemeinen Wehrpflicht soll festgehalten werden; die Dienstleistungen bei den Krisenreaktionskräften werden allerdings auf Freiwilligkeit beruhen. IGV



FRANKREICH

Frankreich gedenkt der Widerstandskämpfer

Von Albert Ebnöther, Zug

Mit einer Sondermarke zu 2.80 Franc gedenkt Frankreich der im Jahre 1944 gefallenen Widerstandskämpfer. Es handelt sich dabei um die Partisanengruppen des Zweiten Weltkrieges, die sich Maquis nannten. Ihre Mitglieder hiessen Maquisards.

Im Frühjahr 1944 zählte der Maquis von Glières, im Nordwesten von Annecy, unweit von Genf, an die 500 Widerstandskämpfer. Es waren Freiwillige, die zum



grossen Teil aus dem Gebirgsjägerbataillon kamen. Sie fanden sich hier auf dem Hochplateau in Obersavoyen ein, um die von den Alliierten mit Fallschirmen abgeworfenen Waffen in Empfang zu nehmen. Am 13. Februar und am 2. März fanden Abwürfe statt, was sich rasch herumsprach. Die Regierung in Vichy beschloss in der Folge, den Maquis ohne die Hilfe der Deutschen niederzuwerfen.

Eine erste Offensive am 20. März wurde von den Widerstandskämpfern zurückgeschlagen. Drei Tage später übernahmen die Deutschen die Operation. Der Chef der französischen Miliz bestand darauf, dass seine Leute auch daran teilnehmen konnten. 12 000 Mann setzten zum Sturm auf den Maquis an. Das Missverhältnis an Mann und Material war niederwerfend. 150 Widerstandskämpfer fanden den Tod, die Überlebenden wurden abgeführt, gefoltert und umgebracht.

Im Juli 1944 sammelten sich im Massiv von Vercors, einer natürlichen Festung der Alpen, im Schutze der Steilhänge 3500 Widerstandskämpfer. Sie hatten die Aufgabe, die deutschen Truppen am Vormarsch zur Front in der Normandie zu hindern. Mit Nachdruck forderten die Widerstandskämpfer Waffen von den Alliierten. Die verbündeten Staaten beschränkten sich jedoch auf einige wenige Fallschirmabwürfe. Am

17. Juli setzten die Deutschen zum Sturm an, wobei sie erneut von der Miliz unterstützt wurden. Am 21. Juli sahen die Widerstandskämpfer Lastensegler am Himmel auftauchen, die sie für alliierten Nachschub hielten. Wer aber inmitten der Anlage landete, waren die SS. In weniger als einer Woche war der Maquis vernichtet, mehrere hundert Widerstandskämpfer, aber auch Zivilisten, wurden massakriert. Der Maquis von Glières und von Vercors sind die – auf traurige Weise – berühmtesten Widerstandsgruppen. Doch waren sie nicht die einzigen. Es gab auch den Maquis von Mont-Mouchet und den Maquis im Zentralmassiv. Auch im Jura, in Morvan und in der Bretagne bestanden Widerstandsgruppen. Das Markenbild zeigt Widerstandskämpfer in Aktion.

ISRAEL

Superleichter Helm und splittergeschützte Sturmzüge

Von Reuven Assor, Jerusalem.

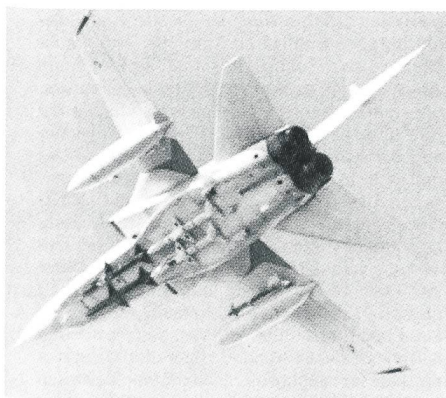
Eine kleine Gruppe von Technikern und Ingenieuren bereitet die Sturmrausrüstung der Armee für die Zeit nach dem Jahre 2000 vor. An ihrer Spitze steht ein 57-jähriger Invalider der im Sechstage-Krieg schwer verwundet wurde und seither seine Tätigkeit einer wichtigen Frage widmet. Sie lautet, wie kann man die Anzahl der Verwundungen auf ein Minimum herabsetzen? Unter anderem hat David Bet-Eres einen leichteren Helm aus Plastikstoff entwickelt, der nur 1300 Gramm wiegt. Die israelische Armee war die erste, die bereits 1976 den Helm aus Plastikstoff einführte. Die Arbeitsgruppe von Bet-Eres hat besondere Kampfwesten entwickelt, die maximalen Schutz gegen Granat- oder Geschosssplitter bieten. Bet-Eres arbeitet u.a. an einem Projekt einer neuen Kampfkleidung, die zugleich kugelfangend wie auch gegen chemische Kampfstoffe effektiv sein soll. Besondere Betonung legt Bet-Eres auf den Schutz der Augen, nachdem sich herausstellte, dass ein hoher Prozentsatz der Verwundeten Augenverletzungen hatte.



ITALIEN

Tornados als Zwischenlösung

Um den Zeitraum bis zur Einführung des Eurofighter 2000 zu überbrücken, hat Italien den Tornado F-3 gewählt. Die Verschiebung der Einführung des europäischen Jagdflugzeuges hätte für Italien bedeutet, den Lockheed F-104 Starfighter bis ins Jahr 2004 in Dienst zu halten. Aus Kostengründen kam nur eine



Leasing-Lösung in Frage, die Amerikaner gaben entsprechende Angebote für die F-15 und F-16 ab. Aus politischen Gründen mit Blick auf den Eurofighter wurde schliesslich eine europäische Lösung bevorzugt. Die zeitweilige Übernahme von überzähligen Tornados F-3 aus den Beständen der Royal Air Force hatte auch Vorteile bezüglich der Anpassung der italienischen Aspid-Flugkörper. Und darüber hinaus besteht zwischen der Jagdversion und der Jagdbomberversion IDS, die in Italien verwendet wird, eine grosse Teilegleichheit.

Aus Soldat und Technik 4/1994

ÖSTERREICH:

Das Bundesheer wählt «Pandur»-Rad-Panzer

Auftrag zur Produktion von 68 gepanzerten Radfahrzeugen «Pandur» (APC) erging Ende März an das österreichische Unternehmen Steyr-Daimler-Puch-Spezialfahrzeug AG. Damit ging ein monatelanger Wettbewerb, an dem sich unter anderen verschiedene Firmen mit Fahrzeugen aus Deutschland (Fuchs), der Schweiz (Piranha) und Frankreich (VAB) beteiligten, zu Ende. Ausschlaggebend für die Auftragsvergabe sei insbesondere die inländische Wertschöpfung sowie die damit verbundene inländische Produktion gewesen, wurde seitens des Verteidigungsministeriums in Wien erklärt.

Die Heeresplanung hat seit zwei Jahren mit der Umstrukturierung des Bundesheeres auch die teilweise Ausrüstung von Infanterieverbänden mit gepanzerten Fahrzeugen auf Räderfahrgestell festgelegt. Mehr als 1200 Stück sollen es insgesamt werden. Vordringlich benötigt allerdings das Heer für internationale Aufgaben (UN-Verbände) 68 Stück dieser Art. Die österreichische Bundesregierung hat bekannt-



lich im Mai 1993 die Grundlagen für die militärische Komponente einer österreichischen Mitwirkung an friedenserhaltenden UN-Operationen neuerlich beschlossen.

Nach einer militärischen Leistungsbeschreibung erfolgte eine Angebotseinholung im Rahmen einer Ausschreibung mit der Auflage der Produktion im Inland. Dabei hat sich Steyr mit seinem Konzept des «Pandur» (APC) – einem Modell aus der «Pandur»-Radpanzerfamilie – durchgesetzt und konnte nachweisen, dass dieses Fahrzeug dem letzten Stand der Technik entspricht. Intensive Preisverhandlungen führten zu dem Ergebnis, dass die gepanzerten Radfahrzeuge zu einem für das Bundesheer angemessenen Preis vergeben wurden. So war dieses Modell in einer vergleichbaren Grundversion um rund 25 Prozent preisgünstiger als Konkurrenzprodukte. Beim «Pandur» (APC) Armored personell carrier – Gepanzerter Mannschaftstransportwagen) handelt es sich um ein dieselmotriebenes Fahrzeug, welches einer 10köpfigen Besatzung Schutz gegen Infanteriewaffen und Splitterwirkung bietet. Der Panzer gehört bei einer Länge von 5,80 m und einer Breite von 2,5 m der Gewichtsklasse von 13 t an und entspricht von den Ausmassen her den österreichischen Gesetzen für den Strassenverkehr. Dieser Aspekt ist für den Ausbildungsbetrieb nicht zu unterschätzen, weil jede Verlegung auf der Strasse damit unkompliziert möglich ist. Die Kletterfähigkeit des Fahrzeuges beträgt vertikal 0,5 m, die Wafffähigkeit ohne Vorbereitung 1,2 m. Bei einer Motorleistung von 191 kW erreicht der «Pandur» eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h und hält eine Dauergeschwindigkeit von 95 km/h. Das Fahrzeug wird mit einem in einem Turm befindlichen überschweren Maschinengewehr von Kaliber 12,7 mm und einem 7,62-mm-Maschinengewehr ausgerüstet.

Die Lieferung des ersten Serienfahrzeuges ist für spätestens Mai 1995 und die Auslieferung der gesamten 68 Stück bis spätestens Mai 1996 vorgesehen. Wie das Bundesministerium für Landesverteidigung erklärt, sei damit für die weitere Beschaffung keine Präjudizierung erfolgt. Unabhängig von der nun getroffenen Entscheidung würde das in einer langfristigen Beschaffungsplanung vorgesehene Projekt einer neuen Radpanzerfamilie (Schützenpanzer, Spähpanzer, Feuerunterstützungspanzer, Jagdpanzer/Lenk Waffen, Sanitätspanzer, Führungspanzer, Fernmeldepanzer, Fliegerabwehrpanzer) weiter verfolgt.

– Rene –

RUSSLAND

Das Ende des KGB?

Am 21. Dezember 1993 wurde der bisherige KGB (Staatsicherheitsdienst) der einstigen Sowjetunion und der Russischen Föderativen Republik (ab Ende 1991) durch ein Dekret von Präsident Jelzin offiziell aufgelöst. Die neue Institution heisst **Russischer Föderativer Abwehrdienst** und sollte mit den alten «Traditionen» des KGB vollständig brechen. Man plant, einen Abwehrdienst nach neuesten westlichen Erkenntnissen aufzubauen. 1993 bestand der KGB aus 175 000 Männern und Frauen. Die neue Nachfolgeinstitution sollte mit weniger Personalbestand auskommen. Man plant einen Mitarbeiterstab von 75 000 Personen. Die leitenden operativen Abteilungen müssen verkleinert werden. Hatte der KGB Anfang Dezember 1993 hierzu noch 3500 Personen, sollte nun der Russische Föderative Abwehrdienst mit 1500 Personen auskommen.

Die Aufstellung der verschiedenen Abteilungen des neuen Abwehrdienstes sind im Gange. Man ist bereit, etliche frühere Mitarbeiter des KGB zu übernehmen, vorausgesetzt, dass diese sich einer fachlichen und politischen Prüfung unterwerfen. Die entlassenen KGB-Angestellten sollen finanziell keinen Schaden haben. Sie dürfen mit einer Abfindung, deren Grösse sich aus einem ca 20monatigen Gehalt zusammensetzt, den Dienst quittieren. Man will junge Leute ohne belastete politische Vergangenheit neu zum Abwehrdienst verpflichten.

Die Aufgaben des Russischen Föderativen Abwehrdienstes werden dieselben sein, welche auch in den westlichen und ähnlichen Institutionen die Zielsetzungen bilden. So die Abwehr jeglicher militärischer bzw wirtschaftlicher Aufklärungstätigkeit gegenüber Russland; die Abwehr terroristischer Handlungen gegenüber dem Staat und der Kampf gegen Waffen- und Drogenschmuggler sowie eine gewisse Kontrolltätigkeit bei den Grenzorganen, insbesondere im politischen Bereich.

Strukturell wurden einige Änderungen eingeführt. So wird mit der «alten Tradition» gebrochen, wonach die Grenztruppen dem KGB unterstellt waren.

PG

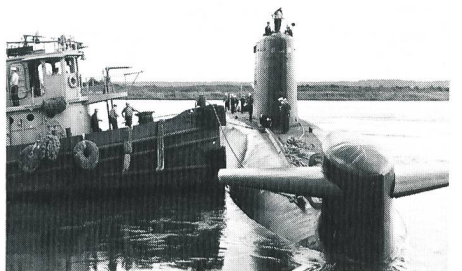


USA

40 Jahre Atom-U-Boot-Fahrt

Von Tic Tièche, Bern

Vor 40 Jahren lief das erste Atom-U-Boot der Welt, die «Nautilus», 1954 in den USA vom Stapel. Seither hat sich das Atom-U-Boot auf dem Gebiet der Seefahrt zu einem der interessantesten, kompliziertesten und zugleich gefürchtetsten Schiffstypen entwickelt. Als Nachfolger eines «gewöhnlichen U-Boots» verfügt das mit Atomenergie betriebene U-Boot über ein Leistungsvermögen, das alle seine Vorgänger mit Dieselmotoren weit in den Schatten stellt. Die Vereinigten Staaten verfügen über die grössten Typen von atomgetriebenen Unterseebooten; sie sind durchschnittlich 160 m lang und mit modernster Technik an Bord ausgerüstet. Normalerweise befinden sich ständig zwei Drittel der US-Atom-U-Boote auf Patrouillenfahrt, die im Durchschnitt zwei Monate dauert. Als Brennstoff für den Antrieb benötigen sie anstelle von Hunderten von Tonnen Heizöl einen faustgrossen Klumpen Uran.



Landurlaub – welche Erlösung! Aber auch das gehört dazu: Von der peinlichst genauen Wartung eines U-Bootes hängt alles ab. Denn mit dem Befehl «Tauschen» gleitet eine U-Boot-Mannschaft in eine «andere Welt».